

Kurzprotokoll Gemeinderatssitzung vom Mittwoch, 3. Oktober 2012, 18.00 Uhr, Rathaus Frauenfeld

1. Motion betr. Besoldung des Stadtrats; mündliche Begründung durch Gemeinderat Peter Hausammann

Nachdem der Motionär an der letzten Ratssitzung vom 19. September 2012 in Abwesenheit seine Motion eingereicht und schriftlich begründet hat, erhält er auf sein Begehren hin an der heutigen Sitzung die Möglichkeit, dies auch noch mündlich zu tun, so wie es das Geschäftsreglement des Gemeinderats zulässt.

2. Rahmenkredit von 9 Mio. Franken zur Beteiligung an der Swisspower Renewables AG und an Kraftwerken für erneuerbare Energien

Sämtliche vier Fraktionen stimmen dem Eintreten auf dieses Geschäft zu.

In der materiellen Beratung wurden dann kritische Töne laut. Die Fraktion FDP/SVP/EDU spricht sich mit knapper Mehrheit gegen diese Vorlage aus. Eine Minderheit der Fraktion CVP/EVP opponiert ebenfalls gegen dieses Geschäft. Als Gründe für die Ablehnung werden u.a. geltend gemacht, dass es nicht Aufgabe der Stadt sein könne, sich an der Erstellung von Kraftwerken im Ausland zu beteiligen. Im Weiteren wird ins Feld geführt, dass gewisse Risiken bei einer solchen Beteiligung bestehen. Im Übrigen solle man sich auf eine Inlandbeteiligung beschränken. Die Aufgabe der Werkbetriebe bestehe primär darin, die Versorgungssicherheit für die Bevölkerung, die Industrie und das Gewerbe zu gewährleisten.

Auf Antrag der GPK Bau, Werke, Umwelt stimmt der Gemeinderat zu, in der Abstimmungsbotschaft, Seite 6, unter 1.2. Swisspower Renewables AG, am Schluss des 1. Absatzes folgende Ergänzung vorzunehmen:

Swisspower Renewables AG hat anfangs Juli 2012 bereits den ersten Windpark in Oberfranken (Bayern) erstanden. Dieser Windpark wurde nach einjähriger Bauzeit im Frühling 2012 fertig erstellt und speist seither die produzierte Leistung von rund 16 MW ins Stromnetz ein.

Der Stadtammann führt in seinem Schlusswort gute Gründe für die Beteiligung an, so dass der Gemeinderat schliesslich den ersten drei Anträgen mit 27 Ja- und 11 Nein-Stimmen zustimmt. Der letzte und vierte Antrag, nämlich die Genehmigung der Abstimmungsbotschaft nimmt die Hürde mit 27 Ja-Stimmen bei 11 Enthaltungen.

Der Gemeinderat beschliesst:

1. Das Investitionsprojekt "Beteiligung an Kraftwerken erneuerbare Energien über die Swisspower Renewables AG" wird bewilligt.
2. Der Rahmenkredit von 9 Mio. Franken bestehend aus einem Anteil Aktienkapital von 450'000 Franken und einer Projektfinanzierung von maximal 8,55 Mio. Franken für die Be-

teiligung an Swisspower Renewables AG in Tranchen zulasten Elektrizitätswerk Konto 14008 Beteiligung Swisspower Renewables AG wird bewilligt.

3. Dem Stadtrat wird die Kompetenz erteilt, innerhalb des bewilligten Kreditrahmens die Tranchen für die schrittweise Erhöhung der Beteiligung an der Swisspower Renewables AG freizugeben.
4. Die Abstimmungsbotschaft an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wird genehmigt (unter Berücksichtigung des vorstehend aufgeführten angenommenen Antrags der GPK Bau, Werke, Umwelt).

Die Volksabstimmung zu diesem Geschäft erfolgt am 25. November 2012.

3. Interpellation „Lösung Lindenspitz“

Gemeinderat Andreas Elliker, SVP, reichte eine Interpellation, die von 26 Ratsmitgliedern mitunterzeichnet wurde, mit folgendem Inhalt ein:

Beim Lindenspitz gibt es zu den Stosszeiten (Mittag, Abend) immer wieder Stau. Dies verärgert viele Verkehrsteilnehmer. Aus dem neuen Verkehrsrichtplan kann ich leider keine Massnahmen erkennen, welche das Verkehrsaufkommen am Lindenspitz lindern sollen, denn im Moment wird immer wieder äusserst gefährlich über Parkplätze und durch Einbahnausfahrten abgekürzt. Dadurch entstehen neben Parkschäden mit Fahrerflucht auch immer wieder gefährliche Verkehrssituationen.

Deshalb bitte ich den Stadtrat um folgende Auskünfte:

1. Ist der Stadtrat bereit, eine Konzeptstudie zu erstellen, die den Verkehrsfluss beim Lindenspitz verbessert?
2. Ist der Stadtrat bereit, für die Anwohner/Unternehmen zwischen der Bahnhofstrasse und der Zürcherstrasse Sicherheitsmassnahmen vorzunehmen?
3. Ist der Stadtrat bereit, für den Bereich Lindenspitz (siehe angefügter Plan) den Verkehrsfluss mit Hilfe von Spezialisten zu verbessern (z. B. Varianten mit Lichtsignal oder gar einen Grosskreisel zu prüfen)?

Die Frauenfelder Bevölkerung wäre sehr dankbar, wenn baldmöglichst Verbesserungen gemacht würden. Die zahlreichen Rückmeldungen nach dem Bericht in der Frauenfelder Woche 21/2012 zeigten deutlich, dass die Frauenfelder Bevölkerung mit der momentanen Situation sehr unzufrieden ist.

Die vorstehende Interpellation wird an den Stadtrat zur Beantwortung weitergeleitet.

4. Interpellation: „Partizipative Politik in der Verkehrsplanung“

Gemeinderat Heinrich Christ, Chrapfpe&Hirne (CH) reichte an der heutigen Sitzung zusammen mit 16 mitunterzeichnenden Ratsmitgliedern eine Interpellation mit dem Thema „Partizipative Politik in der Verkehrsplanung“ ein.

Bei der Erarbeitung des aktuellen Richtplans nutzte die Stadt Frauenfeld kreative Formen „partizipativer Politik“: Der „Fuss- und Velo-Check“ und die Workshops zur Entlastungsstrasse involvierten die Bevölkerung in die Planungen. Diese Veranstaltungen stiessen auf eine gute Resonanz. Die Bevölkerung konnte ihre Anliegen kommunizieren und fühlte sich ernst genommen. Die damals erprobten Gefässe bilden eine sinnvolle Ergänzung zu den in der Gemeindeordnung verankerten Möglichkeiten der Petition und Initiative sowie zur Vernehmlassung als weiterer traditioneller Form der „partizipativen Politik“.

„Partizipative Politik“ im oben beschriebenen Sinn darf nicht mit demokratischen Mehrheitsbeschlüssen verwechselt werden. Es geht nicht um Beschlussfassung, sondern darum, Probleme, Anliegen und Lösungsvorschläge frühzeitig und möglichst breit zu erfassen. Auf dieser Grundlage können mehrheitsfähige Lösungsvorschläge erarbeitet werden. „Partizipative Politik“ bietet ausserdem die Chance, breitere, vielleicht politikferne Bevölkerungsgruppen in den politischen Prozess miteinzubeziehen.

Formen „Partizipativer Politik“ tragen in verschiedener Weise zu einer konstruktiven und demokratisch gut verankerten Gemeindepolitik bei. Dies trifft insbesondere auf den speziell emotionalen Bereich der Verkehrsplanung (Strassen- und Wegprojekte, Temporegime, öffentlicher Verkehr, etc.) zu.

Fragen:

1. Plant der Stadtrat zur Zeit im Bereich der Verkehrsplanung Formen „Partizipativer Politik“ im oben beschriebenen Sinn zu nutzen? Wenn ja, welche? Falls nein, weshalb nicht?
2. Welche Formen „Partizipativer Politik“ plant der Stadtrat im Zusammenhang mit der Neukonzeptionierung des Stadtbusses zu nutzen?
3. Wie stellt sich der Stadtrat angesichts des steten Handlungsbedarfs im Strassenbau zur Idee, einen „Fuss- und Velo-Check“ regelmässig durchzuführen?

Die vorstehende Interpellation wird an den Stadtrat zur Beantwortung weitergeleitet.

Die Details der heutigen Gemeinderatssitzung sind dem später im Internet veröffentlichten ausführlichen Protokoll zu entnehmen.